Region abzog, verwandelten die Militärs einige der leerstehenden Kirchen in Folterzentren. Um die Campesinos abzuschrecken, marterten und töteten sie ihre Gefangenen oft vor den Augen der Familienangehörigen. Auch Rigoberta Menchús jüngerer Bruder starb so im Todesdreieck.

Der Diktator General Efraín Ríos Montt, der 1982 gegen das Regime Lucas Garcías geputscht hatte, führte im Ixil-Dreieck schließlich eine in Lateinamerika bis dahin unbekannte Variante der militärischen Kontrolle ein. Er ließ befestigte „Modelldörfer" errichten und bewaffnete Zivilpatrouillen aufstellen – angeblich, um die Campesinos zu schützen. Tausende von Indianern, die zumeist verstreut in den Bergen wohnten, wurden gezwungen, in die neugeschaffenen Dörfer zu ziehen.

Erst seit etwa zwei Jahren ist im Dreieck von Ixil relative Ruhe eingekehrt. Rund 84 000 vertriebene und entwurzelte Indianer suchen hier Land und Arbeit. Die Vereinten Nationen betreuen ihre Wiederansiedlung. Aber noch immer verschwinden unliebsame Campesinos, werden Jugendliche zwangsrekrutiert, gibt es Folter und Mord.

Rund 25 000 Flüchtlinge leben weiterhin in unzugänglichen „Widerstandsdörfern" in der Sierra und im Dschungel des Petén, um nicht in die Modellsiedlungen der Regierung gepreßt zu werden. Das Militär hat ihre Dörfer umstellt und läßt sie gelegentlich bombardieren, weil sie angeblich der Guerilla Unterschlupf bieten. Doch diese Anschuldigungen dienen der Regierung nur als Vorwand für brutale Übergriffe. Uno-Vertreter haben sich längst davon überzeugt, daß die Bewohner nichts weiter wünschen als Frieden und Abzug des Militärs.

Ohnehin schätzen sogar Offiziere die Zahl der Guerrilleros auf maximal tausend. Nie erlangte die URNG die Stärke der Sandinisten in Nicaragua oder der FMLN in El Salvador.

Jahrhundertelange Unterdrückung hat die Indianer außerdem gelehrt, daß Anpassung die beste Überlebenstaktik ist. Mayas leiden und schweigen – Rigoberta Menchú hat diese scheinbar ewig geltende Regel gebrochen. Bei den Friedensverhandlungen in Mexiko will sie vermitteln. Doch es ist nicht sicher, ob das Militär die verhaßte Indianerführerin bei den Gesprächen akzeptiert.

Im kommenden Jahr, so hat Rigoberta Menchú angedeutet, würde sie gern ihr Exil verlassen und wieder in ihrer Heimat leben. Noch stehen die Zeichen für die Rückkehr nicht gut: Unmittelbar nach ihrem Kurzbesuch in Guatemala im Oktober überfielen Unbekannte zwei Indio-Mädchen, weil sie an einer Feier zu Ehren der Friedensnobelpreisträgerin teilgenommen hatten.

Frankreich

Ohne Saft

Die regierenden Sozialisten buhlen um die Gunst der Umweltbewegung – die Öko-Parteien aber möchten bei den Parlamentswahlen ohne Hilfe siegen.

Den Vorsitzenden der Grünen-Partei Les Verts, Antoine Waechter, erreichte ein Telefonat, das aus dem Amtssitz des Regierungschefs zu kommen schien.

Ob er bereit sei, ein Ministeramt zu übernehmen, begehrte der Anrufer zu wissen, vielleicht das Arbeitsministerium? Waechter wollte. Auf eine Bedingung aber müsse der künftige Minister eingehen, verlangte der Gesprächspartner: Der Grüne dürfe nicht länger verheimlichen, daß er ein Toupet trage. Dem Öko-Chef schien das Opfer billig: „Das ist zu machen."

Der Haarschmuck ziert den Grünen-Vorsitzenden noch immer. Waechter, 43, war auf einen Scherzbold hereingefallen: einen Rundfunk-Reporter, der testen wollte, wie weit der Ehrgeiz des Grünen reicht.

Womöglich kann Waechter schon bald mit einem ernster gemeinten Ruf rechnen – im kommenden März nach den französischen Parlamentswahlen. Denn die zwei grünen Parteien, die bisher als Les Verts und Génération écologie gegeneinander um die Öko-Stimmen stritten, wollen mit gemeinsamen Kandidaten antreten und den historischen Durchbruch schaffen: den Einzug ins Parlament.

Diese Aussicht macht die Sozialisten ebenso nervös wie die beiden konservativen Oppositionsparteien. Denn erstmals könnten die Umweltschützer so gut abschneiden, daß sie als Koalitionspartner umworben werden müßten. 17 Prozent der Stimmen trauen Meinungsforscher den grünen Gemeinschaftskandidaten zu; das ergäbe bis zu 80 Abgeordnete im neuen Parlament.

Sozialistenchef Laurent Fabius bot den Öko-Konkurrenten deshalb jetzt eine „permanente Partnerschaft" und dazu ein Dutzend sichere Wahlkreise an. Noch sträuben sich die Grünen. Sie debattieren, wie sie sich gegenüber den Sozialisten verhalten sollen – Alleingang oder Kooperation.

„Dies ist vielleicht ein historischer Augenblick", hofft Waechter. Und Brice Lalonde, 46, Vorsitzender der Génération écologie, sieht schon die Lebensstunde einer neuen linken Kraft: „Es ist an der Zeit, daß die Sozialistische Partei ihren Platz räumt."

Öko-Führer Waechter, Lalonde: „Vielleicht ein historischer Augenblick"

Nie waren die Chancen der grünen Protestbewegung besser, sich von einem Sammelbecken für Idealisten und Einzelgänger zur Volkspartei zu entwickeln.

Meinungsforscher mögen in vertraulichen Erhebungen den Sozialisten derzeit eben noch 60 Abgeordnetenmandate zusichern – gerade 10 Prozent der Parlamentssitze. Sollten diese Prognosen eintreten, so wäre das ein historisches Debakel. Die Genossen resignieren schon und beginnen, sich auf eine Niederlage einzustellen. Viele Berater in den Ministerien suchen nach neuen Jobs in Industrie und Wirtschaft.

Ende März muß François Mitterrand wohl mit größter Wahrscheinlichkeit zum

zweitenmal in seiner Präsidentschaft einen konservativen Premier ernennen. Die Sozialistische Partei sei „ohne Saft", sie habe sich an ihren eigenen Prinzipien versündigt, lästert Brice Lalonde, ehemals Umweltminister in der Links-Regierung und ein Vertrauter des Staatschefs.

Die Öko-Parteien, unverbraucht und nicht verantwortlich für Korruption und Rezession, hoffen zum „Katalysator einer neuen demokratischen Partei" zu werden. 1974 waren die Umweltschützer erst auf 336 000 Stimmen gekommen; 1981 erreichte Präsidentschaftskandidat Lalonde schon 1 126 254 Stimmen. Bei den Europawahlen 1989 wählten 10,6 Prozent die Öko-Vertreter, bei den Regionalwahlen im März dieses Jahres waren es bereits 13,9 Prozent (3,4 Millionen Wähler).

Jahrelang hatten viele Franzosen die deutschen Grünen als weltfremde Waldläufer belächelt. Noch immer zweifeln sie kaum am Sinn ihrer Kernenergie; selbst Lalonde verlangt nicht den Ausstieg, sondern die Erhaltung des atomaren Status quo. Aber unübersehbar schärft sich das grüne Bewußtsein in anderen Bereichen: Der Widerstand wächst gegen neue Trassen für den Hochgeschwindigkeitszug TGV, gegen die Lagerung von deutschem Müll oder den Transport von nuklearen Brennstoffen und Abfällen nach Japan.

Die Sozialisten reagierten zu spät auf den Trend. Der Premierminister ernannte zwar eine kluge Frau zur Umweltministerin, Ségolène Royal, Mutter von vier Kindern. Aber auch diese Kabinettsumbildung nutzte nichts, die Ökologen sind zu einer ernsten Konkurrenz herangewachsen.

Vergebens hatten die Grünen über Jahre verlangt, das Mehrheits- durch das Verhältniswahlrecht zu ersetzen. Nur so schien ihnen der Einzug ins Parlament möglich. Doch Mitterrand entschied sich am Ende gegen eine Reform.

Nun bleibt den Regierenden nur noch eine Hoffnung, den Aufwärtstrend der Umweltparteien zu stoppen: der Streit der Öko-Aktivisten untereinander. Bei ihrer letzten Parteitagung konnten sich Les Verts nicht über die Wahl eines Nationalen Sekretärs einigen, eine der wichtigsten Führungspositionen der Partei. Uneinig ist die Öko-Bewegung auch nach wie vor, welchem ihrer beiden Führer sie letztlich folgen soll. Sowohl Lalonde wie Waechter möchten als Kandidat der Öko-Bewegung in die Präsidentschaftswahl um die Nachfolge Mitterrands gehen.

Die Debatte auch darüber wurde vertagt. Kaum hatten die Umweltschützer ihren Wahlpakt unterzeichnet, erklärte Waechter: „Dies ist kein Ehevertrag", sondern nur eine „Entente".

Japan

Notbremse in Tokio

Auch Japan schottet sich gegen illegale Einwanderer ab. Betroffen sind vor allem iranische Händler und Bauarbeiter.

Ohne Drängeln und Schubsen ist in den engen Ladenstraßen rund um den Bahnhof Ueno, einem der belebtesten Verkehrsknotenpunkte Tokios, kein Durchkommen. Straßenverkäufer haben es schwer, auf sich aufmerksam zu machen; manches Geschäft wird eingeleitet mit einem kräftigen Knuff in die Seite von Passanten.

Iranische Zuwanderer in Tokio
In die Unterklasse abgedrängt

„Telefonkarten – zum halben Preis", sagt ein hochgewachsener Mann und hält dem Kunden einen Stapel mit über hundert Plastikkarten hin. Auf dem kurzen Straßenstück bemühen sich an die 20 Männer, Discount-Telefonkarten zu verscherbeln. Es sind – und das überrascht nicht nur Ausländer aus Europa, sondern noch mehr die Tokioter selbst – Pakistaner und Iraner, die sich im Großraum Tokio als fliegende Händler betätigen.

Der Ueno-Park ist ein Familienausflugsziel. Es gibt einen Zoo, mehrere Museen, eine Promenade mit Straßenkünstlern und fliegende Händler, die billigen Krimskrams anbieten. Sonntags wird der Zugang immer beschwerlicher: Auf den Stufen der weitgeschwungenen Treppe, die zum Park führt, stehen schon wieder die Männer aus dem Iran und aus Pakistan, und das zu Hunderten.

Das allwöchentliche Treffen dient vor allem der Arbeitsvermittlung; eine weitere Job-Börse liegt im Westen Tokios, im Yoyogi-Park – auch der ein Aufmarschraum für ambulante Händler aus dem Land der Pistazien und Perserteppiche. Mehr als 2000 Iraner bevölkern sonntags den Yoyogi-Park, scheuen aber, trotz dieser unübersehbaren Präsenz, die Öffentlichkeit. Auf keinen Fall mögen sie fotografiert werden, und sei es auch nur von kichernden Schulkindern. „Das macht uns nervös", meint ein Straßenhändler aus Teheran, der im Ueno-Park Selbstgestricktes seiner Freundin feilbietet.

Die Nervosität ist verständlich. Denn die meisten Iraner halten sich illegal in Japan auf; nicht einmal die Einwanderungsbehörde hat eine Vorstellung, wie viele es sind. Schätzungen reichen bis zu 50 000.

Im günstigsten Fall droht Nippons blinden Passagieren sofortige Abschiebung in die Heimat, unter Umständen sogar Gefängnishaft. Doch die Polizei hält sich zurück und beschränkt sich auf gelegentliche Kleinrazzien.

Ein Grund dafür, den Fremden nicht so streng nachzustellen, liegt in einer Notlage, in der sich die Behörden befinden: Die Sammelunterkünfte für Abschiebekandidaten sind überfüllt. Außerdem will Tokio es nicht mit Teheran verderben: Iran ist einer der größten Rohöllieferanten und als Abnehmer japanischer Produkte interessant.

Grundsätzlich sind sich Japans Politiker und Bürokraten einig: je weniger Ausländer, desto besser. Nur Spezialisten bestimmter Berufe dürfen auf ein Arbeitsvisum hoffen, ungelernte Arbeiter haben keine Chance.

Japans Reichtum ist ein unwiderstehlicher Magnet für die Armen Asiens. Zu Zehntausenden kommen sie von den Philippinen, aus Malaysia, Thailand und Pakistan als Touristen